

LeSeStoff

Initiative Lebenswertes Seekirchen

Ein Master ohne Plan

Konzepte für Bauen und Verkehr auf dem Abstellgleis



Norbert Weiss
Fraktionsführer

Will man wissen, was die Zukunft bringt, ist ein Blick in die Vergangenheit hilfreich. Bei Themen, die die Seekirchner sehr bewegen - Bauen, Wohnen und Verkehr - ist es nicht anders. Stillstand, Konzeptlosigkeit und gefühlte Klientelpolitik der Gemeindeführung bei diesen Themen haben viele Seekirchner verärgert. Darauf nahm die Gemeindeführung in ihrer letzten Amtszeit kaum Rücksicht. Bürgernähe war dort noch nie eine relevante Kategorie, schließlich sitzt man seit Jahrzehnten fest im Sattel. Zwischendurch stört eine Gemeindevertretungswahl die beschauliche Herrschaft. In Wahlkampfzeiten setzen Amtsträger daher auf eine bewährte Methode, um ihr Handeln der Vergangenheit zu verschleiern: sie versprechen für die Zukunft das genaue Gegenteil, um das Wahlverhalten zu eigenen Gunsten zu kanalisieren. Untermuert wird ein solches Wahlversprechen am besten durch einen eigenen, unverbindlichen Grundsatzbeschluss mit plakattauglichem Titel: "MASTERPLAN für Verkehr, Wohnen und Gestaltung" geschmückt mit einem Slogan für die Herzen der Wähler: "Zusammenarbeit".

ÖVP und Bürgermeisterin haben so die Wahl mit je einem blauen Auge überstanden. Die **LeSe** wurde dank großer Zustimmung zur zweitstärksten Kraft, die knappe, schwarz-blaue Mehrheit in der Gemeindevertretung blieb jedoch erhalten. Die Bürgermeisterin benötigte auch deshalb nur eine Gemeindevertretungssitzung, um den Nachweis für leere Wahlversprechen selbst zu erbringen: Zusammenarbeit wird weiterhin über Gehorsam definiert. Hinweise auf bestehende Beschlüsse oder auf Gleichbehandlung der Bürger werden mit schwarz-blauer Mehrheit abgeschmettert, Redebeiträge in Wirtshausmanier gestört. Der Vorschlag der **LeSe**, den "Masterplan"-Grundsatzbeschluss aus ÖVP-eigenem Antrag endlich Taten folgen zu lassen, fand keine Mehrheit. Das Verkehrskonzept wurde in eine Arbeitsgruppe abgeschoben anstatt es zu budgetieren. Kosten für die Umsetzung eines Stadtentwicklungskonzepts kommen trotz 1 Mio. € Überschuss in der Budgetplanung erst gar nicht vor.

Die **LeSe** wird sich weiter dafür einsetzen, diesen Stillstand endlich Vergangenheit werden zu lassen.

Pfusch am Bau

Die Gemeindevertretung als inkompetente Berufungsinstanz

Ver-Steuert

Dachbodenausbau Schloß Seeburg: Mehrkosten, Steuern und eine Überraschung

Pardon, wir haben gewonnen

Der Wahlerfolg der **LeSe** und die Aufgaben der **LeSe**-Gemeindevertreter

Gegenverkehr

Aktuelles Verkehrskonzept von ÖVP und FPÖ verhindert

Pfusch am Bau

Die Gemeindevertretung als inkompetente Berufungsinstanz

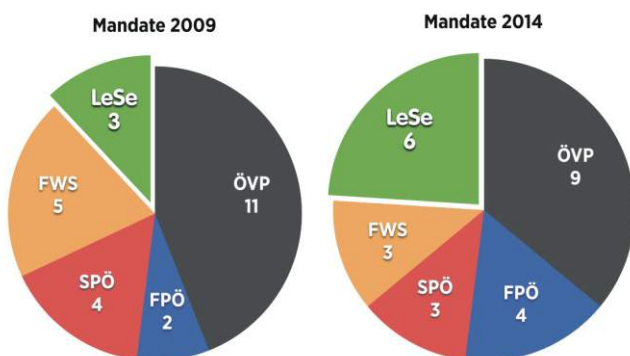
Wer gegen einen Baubescheid des Bürgermeisters beruft, hat schlechte Karten. Die Berufung geht an die Gemeindevertretung, in der in aller Regel die Bürgermeisterpartei die Mehrheit hat (in Seekirchen mit Hilfe der FPÖ). Fraktionsdisziplin und Parteiloyalität stellen sicher, dass diese Mehrheit die Entscheidung des eigenen Bürgermeisters nicht in Frage stellt. Dazu kommt, dass Gemeindevertreter keine Experten im Baurecht sind. Das Berufungsverfahren in der Gemeindevertretung läuft daher etwa so ab: Das Bauamt, das den Bescheid des Bürgermeisters vorbereitet und verfasst hat, bestätigt in einem Amtsbericht an die Gemeindevertretung, dass dieser Bescheid schon richtig sei. Da sich ohnehin keiner recht auskennt, wird meist ohne Debatte abgestimmt und die Berufung des Nachbarn oder Bauwerbers abgewiesen. Sollte dennoch ein Gemeindevertreter eine Debatte verlangen, ertotet er Unmutsäußerungen wie „Geh´, *schleich Di*“ (protokolliert in der Sitzung vom 10.10.2013). Es war daher an der Zeit, diesen Instanzenzug abzuschaffen.

Im Zuge einer Verwaltungsreform wurden Landesverwaltungsgerichte geschaffen, die *unabhängig* und *fachkundig* über Beschwerden gegen Bescheide der Gemeinde entscheiden. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit geschaffen, den als sinnlos erkannten Instanzenzug innerhalb der Gemeinde abzuschaffen. Die Gemeindevertretung von Seekirchen hat sich mit den Stimmen der FPÖVP-Koalition und der SPÖ, die bisher in derartigen Angelegenheit nicht aufgefallen war, dagegen ausgesprochen. Recht suchende Bürger werden daher weiterhin den mühsamen und überflüssigen Weg zur Gemeindevertretung gehen müssen, bevor sie sich mit entsprechender Verzögerung an das Verwaltungsgericht wenden können, um dort eine kompetente Entscheidung zu erhalten. Die Bürgermeister wollen eine objektive Überprüfung ihrer Bescheide möglichst lange hinauszögern in der Erwartung, dass der genervte Bürger vielleicht vorher aufgibt. Wenn es um die Erhaltung der Macht geht, bleiben die Interessen der Bürger auf der Strecke.

Pardon, wir haben gewonnen

Der Wahlerfolg der **LeSe** und die Aufgaben der **LeSe**-Gemeindevertreter

Bei den Gemeindevertretungswahlen am 9. März dieses Jahres verbuchte die **LeSe** einen großartigen Erfolg und konnte den Stimmen- und Mandatsanteil verdoppeln.



Mit 24 Prozent der Stimmen und sechs Mandaten wurde die **LeSe** zweitstärkste Fraktion in der Gemeindevertretung und stellt den 1. Vizebürgermeister, zwei Stadträte (davon einer der

Vizebürgermeister) und jeweils zwei Mitglieder in den Ausschüssen. Dieser Erfolg ist das Ergebnis einer sachbezogenen, bürgernahen und mutigen Politik. Die **LeSe** bedankt sich sehr herzlich für die große Zustimmung!

Das Team der **LeSe** in der Gemeindevertretung:

Walter Gigerl

Erster Vizebürgermeister, Leiter der Ressorts „Umwelt, Gesundheit, Energie, Familie“ sowie Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Verkehr – Mobilitätsvertrag inkl. Geh- und Radwege“



Norbert Weiss

Fraktionsführer der **LeSe**, Mitglied des Bauausschusses und Vorstandsmitglied im City Marketing



Gegenverkehr

Aktuelles Verkehrskonzept von ÖVP und FPÖ verhindert



Dr. Alois Federsel
Gemeindevorsteher

Die ÖVP/FPÖ-Koalition lehnte in der jüngsten Sitzung der Gemeindevertretung den LeSe-Antrag für ein aktuelles Verkehrskonzept für das Ortsgebiet ab. An der Notwendigkeit eines Verkehrskonzepts für Seekirchen gibt es objektiv keinen Zweifel.

Der Mobilitätsvertrag von 2003 wurde nur zu einem geringen Teil umgesetzt und ist inzwischen durch neue Entwicklungen, wie die starke Verbauung überholt. Wenn überhaupt, wurden Verkehrsprobleme bisher nur punktuell betrachtet. Da Verkehrsströme jedoch nicht an bestimmten Teilbereichen des Ortes aufhören, ist eine Betrachtung des Verkehrsflusses und des Verkehrsaufkommens im gesamten Ortsgebiet wichtig. Dazu kommt, dass in der Seekirchner Raum- und Verkehrsplanung wichtige Entscheidungen anstehen, vor allem die Erlassung eines neuen Räumlichen Entwicklungskonzeptes, die Errichtung einer Begegnungszone und die Aufstellung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes. Diese Entscheidungen bedürfen einer gesamtheitlichen Evaluierung der be-

stehenden Verkehrssituation bzw. haben Auswirkungen auf zukünftige Verkehrslösungen.

Für die Erstellung des Verkehrskonzeptes wäre Dr. Frey von der TU Wien, der mit der Situation in Seekirchen bereits vertraut ist und unter anderem am 'Masterplan für Seekirchen' mitgearbeitet hat, zur Verfügung gestanden. An den Kosten von rund € 40.000,- sollte ein Verkehrskonzept jedenfalls nicht scheitern. Zum Vergleich: für die Begegnungszone werden Kosten von über € 600.000,- veranschlagt und der Jahresüberschuss 2013 betrug über € 1 Mio.

Die Ablehnung der Budgetierung eines Verkehrskonzeptes durch FPÖVP ist sachlich nicht zu erklären. Wie bisher werden Anträge anderer Parteien von FPÖVP offenbar grundsätzlich abgelehnt. Die von der Bürgermeisterin vor der Wahl angekündigte Zusammenarbeit war nach der Wahl vergessen. Der Denktzettel, den ÖVP und die Bürgermeisterin vom Wähler erhalten haben, wurde leider nicht verstanden.

DANKE!

Judith Simmerstatter

Mitglied der Gemeindevorsteherung (Stadträtin) sowie im Ausschuss Schule, Kultur, Sport und Wohnungsvergaben, Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Stadtmarketing“



Dr. Alois Federsel

Stellvertretender Vorsitzender des Bauausschusses, Mitglied des Überprüfungsausschusses und der Arbeitsgruppe „Räumliches Entwicklungskonzept“



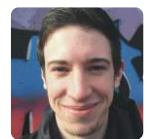
Kerstin Klausner

Mitglied im Umweltausschuss sowie in der Arbeitsgruppe „Aufsuchende Jugendarbeit“

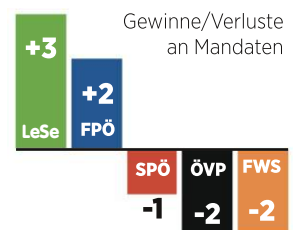


Rupert Freundlinger

Mitglied im Ausschuss Schule, Kultur, Sport und Wohnungsvergaben sowie in der Arbeitsgruppe „Aufsuchende Jugendarbeit“



Schon bisher hatte die **LeSe** entscheidende Impulse in vielen Bereichen wie Ortsplanung, Verbauungsdichten, Verkehr sowie Landschafts- und Umweltschutz gesetzt. Mit diesem verstärkten Team werden wir unsere Arbeit im Interesse der Bürger weiter intensivieren und uns für Transparenz, Gleichbehandlung und eine positive Entwicklung unserer Stadt - für ein Lebenswertes Seekirchen - einsetzen.



Ver-Steuert

Dachbodenausbau Schloß Seeburg: Mehrkosten, Steuern und eine Überraschung



Norbert Weiss
Fraktionsführer

Der Feind des Guten ist das Bessere. Gut ist, dass sich Seekirchen "Universitäts-Stadt" nennen kann und das Schloß Seeburg sinnvoll genutzt wird. Besser wäre, die "Universitäts-Stadt" würde allgemein spürbar, damit mehr Seekirchner davon profitieren und die Förderung der Privatuniversität würde auf transparente Weise und nur im Rahmen des Notwendigen erfolgen. In der Gemeindeführung sieht man das anders: eine intransparente Finanz- und Steuerkonstruktion über einen ÖVP-dominierten Förderverein und Subventionen nach dem Gießkannenprinzip sind dort gut genug. Die folgende Chronologie offenbart am Beispiel dieses Projektes, wie die Gemeindeführung Chancen für unsere Stadt verspielt.

Die Privatuniversität möchte den Dachboden der Seeburg nutzen. Die Kosten für den notwendigen Ausbau werden mit € 270.000,- veranschlagt und, ohne den tatsächlichen Förderbedarf zu hinterfragen, in voller Höhe von der Gemeindeführung im Budget 2014 untergebracht, was die **LeSe** heftig kritisierte. Im Wahlkampf hat die Gemeindeführung Mühe, diese Subvention als 'Investition in eine gemeinde-eigene Immobilie' darzustellen. Um sich wegen weiterer Kostensteigerungen auf € 320.000,- der Kritik der **LeSe** nicht weiter auszusetzen, wird angestrebt, das Projekt auf Aufträge unter € 150.000,- zu stückeln, um diese ohne viel Aufse-

hen durch den *Gemeindevorstand*, dem nicht öffentlichen Gremium der Stadträte, vergeben zu können.

Im Gemeindevorstand stellt sich heraus: die Klientelpolitik der ÖVP war nicht gut genug. Bei der Bemessung des Auftragswerts für Bauarbeiten wird die Umsatzsteuer 'vergessen'. Für die Gemeinde seit 2012 mangels Vorsteuerabzug ein echter Kostenfaktor. Eine Tatsache, die ÖVP und Bürgermeisterin, die seit jeher das Bauressort beherrschen, bekannt sein müsste. Die veranschlagten Gesamtkosten stiegen somit auf ca. € 380.000,-. Ein öffentlicher Beschluss der Gemeindevertretung für die Auftragsvergabe wäre unvermeidbar und das Projekt gegenüber den Seekirchner Bürgern kaum mehr zu rechtfertigen.

Nun stellt sich heraus, die Privatuniversität ist wirtschaftlich durchaus in der Lage, die Baukosten des Dachbodenausbaus selbst zu tragen. Eine Investition durch die Gemeinde ist gar nicht nötig. Dank der Kritik und Arbeit der **LeSe** ist die Klientelpolitik von ÖVP und Bürgermeisterin bei diesem Projekt gescheitert. Die Projektkosten von € 380.000,- stehen stattdessen für das Gemeinwohl aller Seekirchner zur Verfügung. Zum Vergleich: das "Seekirchner Modell" zur Familienförderung war ÖVP und FPÖ selbst im Wahlkampf nur € 80.000,- pro Jahr wert.

Männer im Schilf

Neues Gebäude für Wasserrettung im Strandbad.
Kein Geld für öffentliches WC

Nach einem Beschluss der Gemeindevertretung soll auf dem Areal der Liegewiese des Strandbades neben dem Beachvolleyballplatz ein neues Wasserrettungs-Gebäude mit drei Garagenplätzen, einem Besprechungsraum und Toiletanlagen errichtet werden, zusätzlich zum Holzbau an der Wasserrutsche. Der provisorische Unterstand der Wasserrettung in der Moosstraße ist zwar renovierungsbedürftig, nach Ansicht der

LeSe wäre die Renovierung oder ein Neubau an diesen Standort nicht nur kostengünstiger als am Strandbad gewesen, sondern hätte auch die Möglichkeit geboten, in Zentrumsnähe Räume für Vereine zu schaffen, was die ursprüngliche Intention der Gemeinde war. Die Errichtung dieses Gebäudes im Strandbad hat auch den Nachteil, dass die Liegewiese verkleinert wird. Warum der Zusatzantrag der **LeSe**, im Zuge dieses Neubaus auch ein öffentliches WC zu errichten, abgelehnt wurde, bleibt unverständlich, Wasser- und Kanalanchluss müssen ohnehin hergestellt werden. Die Begründung der Frau Bürgermeisterin gegen diesen Antrag (siehe „Pinnwand - Ohne Protokoll“) war nicht gerade niveauvoll.

Pinnwand



OHNE PROTOKOLL Stilblüten aus der Gemeindevertretungssitzung vom 22. Mai 2014:

"Auch Männer haben das Recht, vor Sexismus geschützt zu werden."
Norbert Weiss (**LeSe**) zur zweimaligen Aussage der Bürgermeisterin, Männer seien diejenigen, die in das Schilf am Strandbad pinkeln würden.

"Den Unterschied zwischen Ausschreibung und freier Vergabe kenne ich nicht."
VzBgm. Konrad Pieringer (ÖVP), bis März 2014 zuständig für Bausachen

TERMINE

Öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung
DO 26. Juni, 19 Uhr im Sitzungssaal des Stadtamts
Themen u.a.: Dachgeschoss für Privatuniversität Schloss Seeburg, Aufsuchende Jugendarbeit, Kanalüberschüsse

**Das Team der LeSe wünscht
Ihnen erholsame Sommerferien!**



Gedruckt auf 100%
Recyclingpapier